

LANDWIRTSCHAFT

Rot-Rot für grüne Gentechnik

VON JULIA LÖHR - AKTUALISIERT AM 16.11.2021 - 07:33



Die neue rot-rote Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern steht

gentechnischen Verfahren offener gegenüber als die Ampel-Parteien im Bund – und stößt damit bei einem Teil der Bauern auf Widerspruch.

Während auf Bundesebene die Koalitionsverhandlungen jetzt in die heiße Phase gehen, ist in Mecklenburg-Vorpommern die Regierungsbildung schon abgeschlossen. Nahezu geräuschlos hat die am Montag im Amt bestätigte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) in den vergangenen Wochen einen Koalitionsvertrag mit ihrem Wunschpartner, der Linken, ausgehandelt. Das Thema Agrarpolitik spielt darin zwar eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund stehen Punkte wie 1000 neue Lehrerstellen und ein 365-Euro-Jahresticket für den öffentlichen Nahverkehr. Doch eine scheinbar nebensächliche Formulierung zur Landwirtschaft könnte noch für Diskussionen sorgen.



Julia Löhr

Wirtschaftskorrespondentin in Berlin.

„Der wissenschaftsbasierte Einsatz neuer Züchtungsmethoden ist in Zeiten des Klimawandels notwendig“, stellen SPD und Linke auf Seite 35 von 77 des Koalitionsvertrags fest. Und weiter: „Wir fordern die Zulassung neuer Züchtungstechniken beim Bund und der EU ein.“ Man muss dazu wissen, dass der Begriff „neue Züchtungstechniken“ seit Jahren ein Reizwort unter Agrarpolitikern, Verbraucherverbänden und Landwirten ist. Dahinter verbergen sich Verfahren wie die Gen-Schere CRISPR/Cas, mit der eine Sequenz aus dem Erbgut von Pflanzen geschnitten wird, damit diese widerstandsfähiger gegen

Schädlinge und schwierige Witterungsbedingungen sind. In Ländern wie den Vereinigten Staaten oder Japan wird mit derart veränderten Kartoffeln oder Tomaten schon experimentiert, in der **EU** ist der Einsatz der sogenannten „grünen Gentechnik“ bislang tabu.